

# ● Arbeiterstandpunkt ●

März 1974

Anmerkung der Redaktion: Um unsere  
Stellungnahme zu SP und KP festzuhalten,  
wurde sie nochmals ausgearbeitet.

## ZUM KLASSENCHARAKTER DER 2. INTERNATIONALE, DER SPÖ

I.) Die zweite, sozialistische Internationale zerfiel bei Ausbruch des ersten Weltkriegs. Nach dem ersten Weltkrieg wurde unter gleichem Namen ein loser Dachverband der kleinbürgerlichen "Arbeiter"parteien aufgebaut, in dem unverbindliche Beteuerungen und scheinrevolutionäre Phrasen ausgegeben wurden. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges zerfiel sie, um nach 1945 wieder für ähnliche Aufgaben wie zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg aufgebaut zu werden. Die einzelnen Parteien der zweiten Internationale haben eine unterschiedliche Entwicklung durchgemacht. Es ist daher nicht gut möglich, die einzelnen Parteien der 2. Internationale in allen wesentlichen Punkten ihrer Entwicklung gleichzusetzen.

Wir beschränken uns daher entscheidend auf die Beurteilung der österreichischen Partei der 2. Internationale, der SPÖ. Die Entwicklung in den meisten anderen Parteien der zweiten Internationale ist in der Grundtendenz ähnlich der konkrete Stand des Prozesses aber verschieden.

II.) Mit dem 4. August 1914 stellten sich die Parteien der zweiten Internationale in das Lager der kapitalistischen Gesamtfrent, sie ermöglichten durch ihre verräterische Politik der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse zu triumphieren. In der Politik Scheidemanns, Eberts und Noskes in Deutschland und Adler, Renner und Bauer in Österreich erreichte die sozialdemokratische Politik ihren bisherigen Höhepunkt. Diese Politik, die Irreführung der Arbeiter mit linken Phrasen und das Zuschlagen mit dem Militär, wenn diese Phrasen nichts mehr helfen, dieses Hin-und Her-Pendeln zwischen kapitalistischem Herrn und betrogenem proletarischem Auftragsgeber hat sich bis heute nicht geändert und kann sich auch niemals ändern, solange die SPÖ als eine sozialdemokratische Partei besteht.

Diese Politik beinhaltet aber unumgänglich die Möglichkeiten der Spaltung,

nämlich dann, wenn der rechte und der linke Flügel der Partei, welche ja immer existieren, zusammenstoßen, wenn sich also durch Kampf zwischen diesen beiden Flügeln der weitere Kurs der Sozialdemokratie entscheiden soll. Wenn diese beiden Linien sich kreuzen, besteht die Möglichkeit der Installation einer zentristischen Partei, wie wir es in England und Deutschland bereits gesehen haben.

### III.) Die Sozialbürokratie

Die proletarische Parteidemokratie, der demokratische Zentralismus, der einst in der gesunden SP geherrscht hatte, ist dem Kommando einer dünnen Schichte <sup>von</sup> /entarteten Arbeiterbürokraten gewichen. Diese Kopfschichte, lange Zeit überwiegend aus verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokraten und Arbeiteraristokraten gebildet, verbürgerlichte immer mehr, vor allem in den fetten Jahren nach 1950 und besteht heute in großer Zahl aus verbürgerlichten Arbeiterbürokraten, teilweise sogar aus waschechten Kapitalisten. Diese verbürgerlichende, schließlich immer mehr verbürgerlichte Schichte von berufsmäßigen Arbeitverrättern haben es im Laufe des Entartungsprozesses verstanden, die Exekutive und zum großen Teil die Willensbildung der SPÖ an sich zu reißen und ihre Machtstellung so weit organisatorisch zu festigen, daß es, wenn die Partei einen Kurswechsel benötigt, um ihrer politischen Rolle gerecht zu werden, zu schweren Auseinandersetzungen kommen wird, die die reale Möglichkeit einer Parteispaltung, wie bereits in Punkt II gesagt, beinhaltet.

Der Apparat der SPÖ ist der verlängerte Arm der Sozialbürokratie. Wir zählen dazu die unteren und mittleren Funktionäre und die kleinen und mittleren Parteiangestellten. Die leitenden Posten des Apparats werden aus der Reihe der Arbeiterbürokratie besetzt, deren Aufgabe es ist, diesen vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterbürokratie zu beherrschen. Der Apparat rekrutiert sich weiterhin überwiegend aus der Arbeiterklasse, vor allem aber aus arbeiteraristokratischen Elementen.

Die fähigsten und streberischesten Elemente werden einem jahrelangen Entartungs- und Ausleseprozeß unterzogen, in deren Verlauf sie immer mehr verkleinbürgerlichen. Obwohl von den meisten dieser Karrieristen angestrebt, schafft es nur eine kleine Anzahl, in die Sozialbürokratie aufzusteigen.

Soweit die Parteiführung deren selbstsüchtige Interessen befriedigen kann, sind diese Elemente bereit, für jene durch Dick und Dünn zu gehen. Diese

Sippschaft ist die entscheidende Stütze der verbürgerlichten Arbeiterbürokratie innerhalb der SP, aber auch innerhalb der Arbeiterklasse.

#### IV.) Die Interessen der Kopfschichte

Während die Sozialbürokratie früher ausschließlich um Schmarotzerposten kämpfte und die Kampfkraft der Arbeiterklasse ausnützte, um die eigene Position gegenüber den traditionellen bürgerlichen Parteien zu stärken, ist sie heute zum Teil/direkt an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligt.

In Form von Aufsichtsratsposten, Direktorsposten in der verstaatlichten Industrie, in den Staatsbanken usw., sind sie am Gesamtprofit beteiligt. Über die Dividenden aus ihrem Aktienbesitz oder durch Profit aus anderen Formen des kapitalistischen Eigentums sind immer größere Teile dieser politischen Schichte Kapitalisten in aller Form.

Das Programm der "Wohlfahrtspolitik" der SPÖ ist allerdings an die Hochkonjunktur gebunden. Wenn sich die Hochkonjunktur erschöpft hat und die Arbeiterklasse in breiter Front zu kämpfen beginnt, tritt für die Bourgeoisie die Installierung einer unverhüllten kapitalistischen Diktatur als reale politische Notwendigkeit auf die Tagesordnung, weil die Lakaiendienste der SPÖ nicht mehr ausreichen, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Wenn diese offene bürgerliche Diktatur aktuell wird, verläßt sich die herrschende Klasse stets auf ihre eigenen traditionellen Parteien und Machtorgane und verzichtet aus gutem Grund auf die Lakaiendienste der Sozialdemokratie. Um das gewerkschaftliche und politische Ausschmarotzen der Arbeiterklasse weiter betreiben zu können, um dem Fußtritt der Bourgeoisie zu entgehen, versuchen die Sozialbürokraten mit allen Mitteln, die faschistischen Lakaien der Bourgeoisie zu ersetzen, sie rücken mit ihrer Politik immer mehr nach rechts, entgehen aber doch nicht ihrem Schicksal. Deswegen hat die SPÖ auch den Charakter einer bürgerlichdemokratischen "Arbeiter"partei.

Der Absicht nach kämpfen die Sozialbürokraten für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie. Gegenüber der proletarischen Revolution verteidigen sie sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, gegenüber der kapitalistischen Gegenrevolution bleibt es auf Abwehrmanöver beschränkt, die der Bourgeoisie letzten Endes mehr nützen als schaden. Der Wirkung nach arbeiten sie daher der Gegenrevolution, der offenen kapitalistischen Diktatur in die Hände, bereiten sie vor.

Durch die ruhige innenpolitische Lage in Österreich seit 1950 und durch die

solange anhaltende Konjunktur war es der Sozialbürokratie über lange Zeit möglich, sowohl die Profitinteressen derjenigen Sozialbürokraten, die bereits weitestgehend echte Kapitalisten geworden sind, als auch die Schmarotzinteressen des verkleinbürgerlichten Teiles der Sozialbürokratie und derjenigen, die in die Sozialbürokratie aufsteigen wollen, mit offener bürgerlicher Politik befriedigen zu können.

Bei Verschärfung der Konkurrenz, bei Aufkommen von Arbeiterkämpfen größeren Umfangs wird es aber immer schwerer werden, die Profitinteressen mit den Schmarotzinteressen vereinigen zu können. Immer mehr werden die Schmarotzinteressen der verkleinbürgerlichten Elemente in der Arbeiterbürokratie, im Apparat und in den unteren und mittleren Funktionärsrängen im Widerspruch mit den Interessen des verkleinbürgerlichten Teils der Sozialbürokratie geraten. Immer mehr wird die Partei einer Zerreißprobe ausgesetzt werden, wenn sich die verkleinbürgerlichten Elemente, so oder so, vom Großteil der kapitalistischen Elemente trennen, um dann elastischer als vorher die Arbeiter politisch ausschmarotzen zu können.

#### V.) Die Mitglieder

Die Masse der Mitglieder besteht aus Arbeitern, Angestellten, kleinen Beamten, im zunehmenden Maße aber auch aus Arbeiteraristokraten, echten Kleinbürgern, Klein- und Mittelkapitalisten. Die Mitglieder sind immer weniger aus Übereinstimmung mit der Politik der SPÖ, aus politischer Überzeugung bei der SPÖ, sondern teils aus Tradition, teils aus Trägheit und wachsende Teile immer mehr bewußt aus unmittelbaren materiellen Interessen, die sie auf Kosten der Arbeiterklasse befriedigen wollen. (Bevorzugung bei der Vergabe von Wohnungen, berufliche Vorteile, Karriere in der Partei; Kleinbürger und Kapitalisten wegen öffentlicher Aufträge von den von der SPÖ geführten Gemeinden, Genossenschaften, Ministerien usw.) Die einfachen Mitglieder der SPÖ wurden im Verlauf der Entartung der Partei immer mehr von der Willensbildung ausgeschlossen. Sie haben seit langem auf die Politik der Partei keinen unmittelbaren Einfluß.

Die offen bürgerliche Politik des verkleinbürgerlichten Teils der Sozialbürokratie wird die Massen immer mehr abstoßen. Mit dieser Politik wird die SPÖ immer weniger in der Lage sein, sich die Arbeitergefolgschaft zu erhalten, diese politisch auszuschmarotzen. Spätestens bei Ausbruch von Arbeiterkämpfen größeren Ausmaßes in Österreich wird der verkleinbürgerlichte Teil

der entarteten SPÖ-Funktionäre in offenem Widerspruch zu den verbürgerlichten Arbeiterbürokraten kommen. Zumindest zeitweilig wird dann eine Spaltung der SPÖ unvermeidlich werden.

#### VI.) Parteibündnis mit der SPÖ

Die Frage, ob heute ein Bündnis mit der SPÖ grundsätzlich zulässig ist, darf man nicht allgemein verneinen.

Die Frage eines Parteibündnisses mit der SPÖ, einer Einheitsfront mit dieser Partei, ist aber von unserer heutigen Stärke ausgehend nur aus rein theoretischer Sicht zu stellen. Prinzipiell dient die Einheitsfront dazu, konkrete Ziele der Arbeiterklasse, solange diese noch gespalten ist, zu erreichen und im gemeinsamen Kampf der revolutionären Arbeiter mit denjenigen, die noch immer in reformistischen Illusionen befangen sind, diese Spaltung zu überwinden. Solange aber keine revolutionäre Partei besteht oder zumindest eine sehr starke Organisation, ist diese Politik in der Praxis nicht durchführbar, sind höchstens in Teilfragen Elemente einer Einheitsfrontpolitik verwirklichtbar.

Ob es später einmal zweckmäßig sein wird, mit der SPÖ ein Bündnis einzugehen, kann in jedem Fall nur konkret beantwortet werden.

#### VII.) Schlußbemerkung

Die SPÖ ist ihrem Wesen nach keine Arbeiterpartei, keine sozialistische Partei. Sie macht eine grundlegend bürgerliche Politik, über weite Phasen sogar eine rein bürgerliche Politik. Sie ist eine reaktionäre Kraft. Obwohl ihre Mitgliedschaft noch immer zum Großteil aus Arbeitern besteht, wird ihre Politik von einer Kopfschicht bestimmt, die ihrer Zusammensetzung nach aus verkleinbürgerlichten und im großen Umfang aus verbürgerlichten Elementen besteht. Der bürgerliche Flügel hat heute weite Bereiche der Entscheidungsgewalt an sich gerissen.

Um den aufgezeigten widerspruchsvollen Charakter der SPÖ begriffsmäßig festzulegen, vor allem um deren Gesamtwirkung aufzuzeigen, bezeichnen wir die SPÖ als bürgerliche "Arbeiter"partei. Bei Verwendung dieses Begriffes dürfen wir aber nicht vergessen immer wieder darauf hinzuweisen, daß die SPÖ keine echte, vollkommene und offen kapitalistische Partei ist, da sie "in bestimmten Grenzen gezwungen ist, nicht alleine mit dem Willen ihrer bürgerlichen Herren zu rechnen, sondern auch mit den Interessen ihrer betrogenen proletarischen Auftragsgeber." (Trotzki, Die "demokratisch-pazifistische

Ära" und der Faschismus, 1928, Schriften über Deutschland, Band 2, Seite 729.)

In allen unseren Schriften und Reden, vor allem in denjenigen, die agitatorischen Charakter tragen und für politisch noch nicht bewußte Arbeiter bestimmt sind, müssen wir den Verrat der SPÖ offen und schonungslos aufzeigen und immer wieder die Dinge beim Namen nennen. Es ist daher sehr unzumutbar, die sozialdemokratischen Parteien als Arbeiterparteien schlechthin zu bezeichnen.

Der Hauptstoß unserer Agitation muß in die Richtung des totalen politischen und organisatorischen Bruches mit der SPÖ gehen.

+ + + + +

#### ZUM KLASSENCHARAKTER DES STALINISMUS

Als sich die offiziellen Organisationen der internationalen Sozialdemokratie 1914 endgültig in unheilbare Verratsorganisationen verwandelt hatten, wurde die Gründung revolutionärer Parteien in allen Ländern und eine, diese Parteien umfassende und leitende Internationale zur absoluten Notwendigkeit.

Die Aufgaben dieser Parteien und ihrer Internationale war es, in der Arbeiterklasse den Einfluß der Sozialdemokraten zu bekämpfen und durch kommunistische Agitation und Propaganda das Proletariat auf seine historische Aufgabe vorzubereiten und dann, wenn die Massen zu kämpfen beginnen würden, die Führung zu übernehmen.

Geführt von der bolschewistischen Partei Lenins gelang es den russischen Massen, die herrschenden Klassen zu stürzen und die Diktatur der proletarischen Demokratie in Rußland zu errichten.

Es war offensichtlich, daß, wenn nicht das revolutionäre Rußland Hilfe von außen in Form <sup>von</sup> / siegreichen proletarischen Revolutionen bekommen würde, der erste Arbeiterstaat schwerstens gefährdet, wenn nicht verloren war. Es war die oberste Aufgabe der kommunistischen Internationale, die internationale Revolution vorzubereiten und leitend anzuführen. Die Internationale konnte diese Aufgabe aber nicht erfüllen. In allen kommunistischen Parteien gab es in der Führung eine Reihe von leitenden Personen, die zwar leidenschaftlich die Sozialdemokratie ablehnten, aber in ihrem Denken und Handeln noch immer mit sozialdemokratischen Gewohnheiten behaftet waren. Die daraus entsprin-

genden politischen und organisatorischen Unklarheiten ließen die europäische Revolution scheitern - Rußland blieb isoliert. Je klarer dieser Prozeß zutage trat, umso mehr bekamen die konservativen Elemente innerhalb der russischen Partei die Oberhand. Die Theorie vom "Sozialismus in einem Land" war die theoretische Reaktion auf das Ausbleiben der europäischen Revolution.

Diese nationale Beschränktheit, ja oft sogar Borniertheit, hatte ihre Hauptvertreter in der aufkommenden Sowjetbürokratie, innerhalb der Partei, in deren Apparat. Tausende und abertausende Menschewiki, Sozialrevolutionäre und gewöhnliche Karrieristen waren nach der siegreichen Revolution in die Partei geströmt und waren nun plötzlich alle "Leninisten". Die Partei konnte nicht auf sie verzichten, zu klein war das revolutionäre Proletariat und selbst von diesem waren die Besten im Bürgerkrieg gefallen.

Der Apparat der bolschewistischen Partei begann zusehends konservativer und nationalistischer zu werden. Der tausendmal verfluchte russische Bürokrat hatte plötzlich ein Parteiabzeichen am Rock. Nach dem Tode Lenins benützten Stalin, Sinowjew, Kamenjew und Bucharin, als die Hauptvertreter der sogenannten "alten Bolschewiki", diesen trägen und faulen Apparat im Kampf gegen Trotzki als des Hauptvertreters der internationalen revolutionären Politik.

Stalin übernahm nicht schlagartig die Macht, dazu war er nicht imstande. Geschickt zwischen den einzelnen Fraktionen lavierend, nützte er alle Schwächen und Fehler seiner Gegner aus, um seine Stellung im Apparat der Partei zu festigen. Seine Fraktion hatte keine eigene theoretische Grundlage, ihr Ziel war es vielmehr, möglichst viele wichtige Posten in der Partei und im Staatsapparat zu besetzen und die Revolutionäre hinauszudrängen.

Er brach mit Sinowjew-Kamenjew, als diese ihm nicht mehr nützen konnten, und verbündete sich mit Rykow-Bucharin-Tomski, die er wieder 1929 zu bekämpfen begann. Zu diesem Zweck verbündete er sich sogar mit ehemaligen Angehörigen der linken Opposition. Die Schauprozesse gegen die bolschewistische Führung von einst, die keinen einzigen von ihnen am Leben lassen sollten, demonstrierten dann sehr anschaulich, daß der stalinsche Apparat die Macht übernommen hatte und ein zurück zu revolutionärer Politik mit friedlichen Mitteln längst nicht mehr möglich war. Bis 1933 sprechen wir trotz allen

Fehlern, die von der russischen Partei und der Internationale begangen wurden, noch immer von einer grundsätzlich anti-bürgerlichen Politik dieser Parteien. Der Kampf war innerhalb dieser Parteien zu führen und sollte das Entfernen der Führung und die Installierung einer revolutionären Parteileitung zum Ziele haben.

Als aber 1933 der Faschismus in Deutschland die Macht übernahm und das deutsche Proletariat durch die Politik der stalinschen Internationale und ihrer deutschen Sektion dermaßen demoralisiert war, daß es ohne nennenswerten Widerstand zu leisten den Nazis die Macht überließ, war es klar ersichtlich geworden, daß die von der Stalinbürokratie beherrschten Organisationen der 3. Internationale entgültig und unwiderruflich aufgehört hatten, proletarische Führungsorganisationen zu sein. Die gesamte Internationale versagte kläglich und kritiklos billigten die einzelnen Parteiführungen die Verratspolitik der stalinistischen Führung. Die Gründung von neuen Parteien, einer neuen Internationale war zur dringendsten historischen Aufgabe aller revolutionären Marxisten geworden.

Wenn wir die Politik der stalinschen 3. Internationale in den Jahrzehnten nach der faschistischen Machtübernahme in Deutschland/<sup>weiter</sup> betrachten, wenn wir sehen, wie sie in Spanien das Privateigentum verteidigte und die Vertreter des Proletariats ermordete, in Frankreich, Spanien, Italien und Österreich Minister in bürgerlichen Regierungen stellte, in Frankreich für die Kriegskredite zum Krieg gegen das revolutionäre Indochina stimmte, wenn wir dies alles zur Kenntnis nehmen und nüchtern analysieren, so zeigt dies ganz klar, daß die Parteien der stalinschen Internationale eine grundsätzlich bürgerliche Politik betreiben. Wie die Sozialdemokratie verteidigt der Stalinismus die bürgerliche Herrschaft gegen die proletarische Revolution, wenn auch zum Teil mit anderen Mitteln.

Wir haben nur einen Bruchteil der Verbrechen des Stalinismus aufgezählt, die Liste könnte man endlos fortsetzen, zum Beispiel mit der Politik der K~~h~~iles.

Wir dürfen uns von den manchenmal revolutionär klingenden Phrasen der Stalinisten nicht täuschen lassen, denn letztlich zählen nicht Worte, sondern Taten - und die sprechen in diesem Falle für sich. Selbst dann, wenn die Stalinisten die Macht im Staate übernehmen, wie wir es seit 1944 in einigen Ländern erlebten, betreiben sie eine Politik, die letztlich der Welt-Bourgeoisie zugute kommt. Darum sind in allen diesen Ländern proletarische Par-

teilen zu gründen, die die Revolution weitertreiben und gegen die Stalinisten zum endgültigen Siege führen.

Wenn wir von einer grundsätzlichen bürgerlichen Politik des Weltstalinismus sprechen, dann meinen wir damit natürlich nicht, daß diese Parteien bürgerliche Parteien im Sinne etwa der ÖVP in Österreich sind. Davon kann nicht die Rede sein. Zwischen der Welt-Bourgeoisie und dem Welt-Stalinismus besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz, der zwar zeitweise durch eine gegenseitige Annäherung überwunden zu sein scheint, nichtsdestoweniger aber weiter besteht. Die Bourgeoisie kann sich nicht damit abfinden, daß nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in anderen Ländern der Stalinismus die Staatsmacht beherrscht und trachtet stets danach, diese zu untergraben und schließlich zu stürzen. Bürgerliche Politik, wenn auch nicht so offensichtliche und auch nicht so direkte ist es aber, wenn diese herrschenden stalinistischen Parteien durch ihre reaktionäre, ja mitunter sogar konterrevolutionäre Innen- und Außenpolitik diese Staaten schwächen, den Einfluß des Proletariats zurückdrängen und dadurch die Konterrevolution von außen und innen erleichtern helfen. Insofern müssen wir von bürgerlicher Politik sprechen, auch wenn zwischen der Welt-Bourgeoisie und dem internationalen Stalinismus es nur eine einzige wesentliche Gemeinsamkeit gibt, nämlich die Furcht vor dem Ansturm der proletarischen Massen. Ansonsten gleichen sie zwei Gaunern, die nur darauf lauern, einander das Messer in die Gurgel zu stoßen.

Wenn wir vorhin sagten, daß in der SU erst anfang der dreissiger Jahre der stalinsche Apparat die Macht vollends zu übernehmen begann, meinten wir natürlich nicht, daß dieser Staat damit seinen Klassencharakter änderte.

Die Bürokratie im Staatsapparat, in den Gewerkschaften und in der Partei wurde zum bestimmenden Faktor in der SU - das ist eine unleugbare Tatsache. Aber die Bürokratie ist keine Klasse, sie benötigt vielmehr eine Klasse, der sie aufsitzen kann, die sie ausschmarotzt.

Grundsätzlich blieb also die Sowjetunion ein Arbeiterstaat, trotz aller Verbrechen der herrschenden Schichte, die im Namen dieses Staates durchgeführt wurden. Sie ist es auch noch heute, wenn auch schon ein schwerstens degenerierter. Hier gilt dasselbe, was wir vorhin sagten: durch die der Wirkung nach konterrevolutionäre Politik hilft die Stalinbürokratie dem Welt-Imperialismus ungewollt, die Konterrevolution, die dieser stets als reale Möglichkeit vor Augen hat, dereinst durchzuführen. In dieser Bürokratie

selbst gibt es eine Reihe von Strömungen, die in verschiedene Richtungen streben. Nicht wenige von den Bürokraten versprechen sich von einer kapitalistischen Herrschaft ein besseres Leben, als sie es zur Zeit haben. Andere wieder, und diese sind sicherlich noch immer in der Mehrzahl, wissen zu genau, daß eine siegreiche bürgerliche Konterrevolution, getragen vom Weltimperialismus, ihren politischen, ja ihren physischen Tod zur Folge haben würde.

Wenn wir sagen, daß die SU ein degenerierter Arbeiterstaat ist, so meinen wir damit, daß auf dem Rücken der siegreichen Arbeiterklasse eine Bürokratie an die Macht kam, die die Klasse, die sie trägt, ausschmarotzt und unterdrückt. Das ändert aber nicht den Klassencharakter des Staates. Obwohl diese Schichte aus hunderttausenden Beamten, Vorarbeitern, Partei- und Gewerkschaftsbonzen besteht, die jegliche proletarische Demokratie erwürgt und zertreten haben, haben sich trotz dieser schweren Degeneration die Produktionsbedingungen nicht entscheidend verändert, besteht noch immer kein Privateigentum an den Produktionsmitteln. Wenn also der Welt-Imperialismus die SU militärisch angreifen sollte, so wird unser Platz unter denen sein, die die SU verteidigen. Das heißt nicht, daß wir damit den Kampf gegen die Bürokratie aufgeben, das heißt nur, daß die Verteidigung des degenerierten/ Arbeiterstaates damit als Hauptaufgabe in den Vordergrund rückt.

Abschließend erklären wir, daß der vollständige politische und organisatorische Bruch mit den stalinistischen Parteien eine absolute Notwendigkeit für alle Revolutionäre ist und daß es darüber hinausgehend unsere Pflicht ist, diesen Grundsatz in Propaganda und Agitation in der Arbeiterklasse zu verbreiten.

Wenn wir sehen, daß selbst dort, wo die Stalinisten die Staatsmacht führen, jegliche proletarische Demokratie schonungslos unterdrückt wird, dann muß es unsere Aufgabe sein, den proletarischen Massen immer wieder zu sagen: die Revolution kann nicht mit, sondern nur gegen die Stalinisten durchgeführt, bzw. zu ihrem vollständigen Siege geführt werden!!!

Dazu benötigt aber die Arbeiterklasse die Führung einer echten proletarisch-demokratischen Arbeiterpartei!!!